

# Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstamt zu Tharandt.

### Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Lichtenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Croitsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Lanberg,  
Hühendorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinsönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Münzig, Neukirchen, Neuhammer, Oberwitz, Oberhermsdorf,  
Oberroßdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn,  
Seeligstadt, Spechthausen, Taubenheim, Untersdorf, Weistropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf.  
Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 15 Pf. pro vierseitigem Corpusexemplar.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger bleibt.

No. 54.

Sonnabend, den 10. Mai 1902.

61. Jahrg.

### Essentielle Zustellung.

Der Vorschussverein zu Wilsdruff, e. G. m. b. H. in Wilsdruff  
— Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Bursian in Wilsdruff — flagt gegen

Marie Pauline verw. Gast,

geb. Thomas, unbekannter Aufenthaltsort, früher in Genf, aus einem Solowechsel —

mit dem Autrage — auf Zahlung von 200 M. — Pia. nebst 6% Zinsen seit dem

17. November 1900 und 10 M. 70 Pf. Kosten eines Arrestverfahrens. Der Kläger  
liefert die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche  
Amtsgericht zu Wilsdruff auf den

17. Juni 1902, Vormittags 9 Uhr.

Der Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts Wilsdruff,  
am 5. Mai 1902.

### Die Unruhen in Portugal.

Seit einigen Tagen herrschen an verschiedenen Stellen in Portugal bedenkliche Ruhestörungen, welche den Charakter einer allgemeinen Revolution anzunehmen drohen. Die Veranlassung dazu bietet das von der Regierung geplante Abkommen mit den ausländischen Staatsgläubigern, den Inhabern der auswärtigen Schulden. Nach diesem Abkommen verpflichtet sich die portugiesische Regierung, die Coupons alle 14 Tage zu bezahlen; als Garantie verpfändet sie sämtliche Staatseinnahmen und räumt den Vertretern der Staatsgläubiger eine Intervention in der Verwaltung der Bölle ein; endlich ermächtigt sie die ausländischen Regierungen zu energischen Maßregeln, falls die Coupons nicht pünktlich bezahlt werden sollten. Die zweite Kammer hat dieses Abkommen angenommen und damit nach Ansicht der Protestier das Vaterland entehrt.

Man erwartet, daß die erste Kammer aus den gegenwärtigen Unruhen den Schluß ziehen wird, das Abkommen abzulehnen oder es so zu modifizieren, daß das Entstehende für ein „unabhängiges“ Land wegfällt. Auch wenn die Arbeiterschaft mit dem Generalstreik drohte, so haben an den bisherigen Unruhen in Oporto, Lissabon und Coimbra nur Studenten beteiligt. Am bedeutendsten war der Studentenaufstand in Coimbra. Da die Soldaten sich weigerten, auf die Studenten zu schiessen, sah die Regierung sich genötigt, die Universität zu schließen und den nicht ordnungsrechten Studenten zu befehlen, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen. Ob in Lissabon und Oporto dieselben Maßregeln ergreifen würden, weiß man zur Stunde nicht, da die Depechen- und Preszensur in äußerst rücksichtsloser Weise gehandhabt wird. Weit bedenklicher als die Studentenunruhen ist das Verhalten des Heeres, besonders der Offiziere. Das Gerücht, daß in Oporto ein Regiment, welches unter dem Verdacht stand, sich zu empören, entwaffnet worden ist, hat sich nicht bestätigt. Dagegen ist es eine Thatache, daß die Offiziere des Heeres und der Marine eine Denkschrift an den König gerichtet haben, in welcher sie die Beseitigung des genannten Finanzabkommens und die Entlassung der gegenwärtigen Regierung fordern. Ein Theil der Offiziere fordert den König sogar auf, eine Diktatur zu proclaimieren und 8 bis 10 Jahre lang ohne Parlament zu regieren. Der König lehnt es natürlich ab, diese Denkschrift in Empfang zu nehmen. Aber dadurch lassen die Offiziere sich nicht abschrecken, dem König ihren Willen aufzuzwingen; aber auch die Drohungen mit Gefängnis und Verbannung haben nichts genutzt. Die Denkschrift trägt die Namen von ungefähr 200 höheren Offizieren, darunter 54 Obersten und Generale. Man macht sich darum mit dem Gedanken vertraut, daß es in Portugal in allerndächster Zeit zu einem Brummiamento kommen kann, besonders wenn die erste Kammer den Besluß der zweiten bestätigen sollte. Auch die spanische Regierung verfolgt die Vorgänge in Portugal mit großer Ausmerksamkeit, auch wenn sie bisher leugnete, daß sie die Absicht habe, Truppen an die Grenze zu senden.

Telegraphisch wird noch gemeldet: Das „Diario de noticias“ kündigt an, daß das Ministerium sofort nach der Bewilligung der Konversionsvorlage durch die Paixkammer seine Demission überreichen werde. Hingegen würde dann das Präsidium und das Auswärtige, Tegettha de Suá Finanzen, Bieira Justiz, Moncada, Marine und Bosollo öffentliche Arbeiten übernehmen.

### Politische Rundschau.

Pfingstzeit und Parlamentsferien! Zwei schöne Dinge kommen also zusammen, und sie würden sich noch angenehmer machen, wenn der Lenz in all' die Maienwonne eine stärkere Dosis Sonnenwärme hineingehet, der deutsche Reichstag aber dafür gesorgt hätte, daß wenigstens die Möglichkeit einer Aussicht auf eine befriedigende Erledigung der noch ihm obliegenden großen Aufgaben zu erblicken wäre. Damit war es noch nicht gut, daß dessen, man ihut gut, in dieser laufenden Jahreszeit, freilich kam bisher bei dem Edikt des „Mailüfters“ das Lachen etwas gezwungen heraus, die Dinge nicht gar zu schlimm zu nehmen; politisch lied ein gartig Lied, so kann man es in der Pfingstzeit schon immer mal gelten lassen, wenn es auch nach dem lieblichen Fest wieder angesetzt werden muß. Es ist ja richtig, vielen Leuten will die echte, rechte Frühlingsstimmung noch gar nicht geben, das Geschäftslieben streift seine Fühler vorsichtig hierhin und dahin aus, da und dort gibt es wohl auch einen Rückblick nach vorwärts, aber der große Impuls fehlt, das allgemeine Vertrauen schlafst noch immer seinen Dornröschenschlaf, und noch ist der Prinz nicht zu sehen, der mit seinem Kusse die schlafende Maid erwacht. Wenn aus den in den Geldspinden aufgespeicherten Summen mal ein tüchtiger Posten auf den Boden deutscher Unternehmungslust und eifriger Thätigkeit ausgesetzt würde, vielleicht, daß dann das Wachsthum käme, aber wer Geld sicher hat, der behält es auch sicher. So ist leider damit zu rechnen, daß die geschäftliche Einständigkeit sich auch im Verlaufe des Sommers nicht groß ändern wird. Selbst in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, in denen man bisher noch einen ziemlichen Grad von Zuversicht behauptete, ist man kleinlauter geworden, es traut nicht allein, es traut auch schon darüber, und die Hauptfläche folgt noch. Es ist anzuerkennen, daß man drüber sich viele Mühe giebt, um das wirtschaftliche Gleichgewicht festzuhalten, aber was sich in Europa zeigte, das ist auch drüber Thatsache: Es ist so viel Geld in gewaltigen Unternehmungen angelegt, daß bei sinkenden Preisen die normale Verzinsung aufhort. Und bei dem Sinnen der Preise war man bereits angelangt.

Der Kaiser, der Abends vorher, nachdem er noch einen Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen, Berlin verlassen hatte, traf Mittwoch Nachmittag in Straßburg im Elsass ein, wo er vom Statthalter Fürsten Hohenlohe empfangen wurde. Am Himmelfahrtstag besuchte der Monarch den Gottesdienst in der Garnisonkirche und heute, Freitag, die Hochkönigsburg bei Schlettstadt. — Die Kaiserin kam wohlbeholt in Badenweiler an, um dort mit ihren jüngsten Kindern einige Zeit zu verleben.

Mit dem deutschen Reichstag, der vor seiner Vertragung noch das Zuckersteuergesetz einer Kommission überwies, erfreut sich auch der preußische Landtag der Ruhe der Pfingstferien. Rechte Pfingstrende herrscht bei den Herrn Volksvertretern gleichwohl nicht. Die Mitglieder des preußischen Landtages sind mit ihren Arbeiten bisher so stark im Rückstand geblieben, daß sie nach Ablauf der Ferien bis weit in den Sommer hinein in Berlin versammelt bleiben müssen. Und was die Mitglieder des anderen Hauses betrifft, so haben sie sich von dem Eindruck noch nicht befreien können, den die grelle Differenz des letzten Verhandlungstages vor den Pfingstferien auf sie ausgeübt hat. Der Reichstag ging auseinander, nachdem sich die Parteien mit der schweren Waffe der Obstruktion einander bekämpft hatten. Daran war die Zuckersteuervorlage schuld, die die Linke, die sich dies-

mal an der Seite der Regierung befindet, gern noch vor Pfingsten verabschiedet hätte, während die Rechte jeder Durchsetzung widerstrebte und eine sorgsame Prüfung forderte. Da schließlich die Rechte, die sich ja auch in der Majorität befindet, mit ihrem Willen durchbrach, so behaupten freisinnige Blätter, der Reichskanzler Graf Bülow habe eine Niederlage erlitten. In Wirklichkeit ist es mit dieser Niederlage nicht so schlimm, ebenso wie der Sieg der Konservativen kein so bedeutender ist. In der Zuckersteuerfrage läuft offenbar die Entwicklung der Dinge auf einen Kompromiß hinaus. Die Wünsche der Regierung, die Vorlage noch vor Pfingsten verabschiedet zu sehen, sind zwar unerfüllt geblieben. Dafür tritt der Reichstag aber am 3. Juni noch einmal auf kurze Zeit zusammen, und dann wird die Rechte, wenn die Regierung die nötige Entschlossenheit beweist, der Vorlage kein weiteres Hindernis bereiten. Am Entgegenkommen gegen die Wünsche der Landwirthe lädt es die Regierung ja auch nicht fehlen; es ist auch nie ihr Wille gewesen, die Erledigung der Brantweinsteuernovelle erst nach Verabschiedung der Zuckersteuervorlage zugulassen, und davon sind die Mehrheitsparteien auch rechtzeitig und ausdrücklich benachrichtigt worden. Den Vorfall in der Zuckerkommission wird der Hospitant des Centrums Goetz von Oberhausen führen.

Auf Antrag des neuen Regenten von Neuß d. L. hat nach einem Leipziger Blatt die Reichsregierung sich bereit erklärt, zum 1. April 1903 in das Fürstenthum eine Garnison zu legen.

Der Ausschuss des Vereins der deutschen Zuckerindustrie hat in einer Resolution vor jeder überkürzten Beschlusssitzung über die Brüsseler Convention gewarnt und die Annahme dieser Convention als ein unverhohlenes Unglück für die deutsche Landwirtschaft und die Zuckerindustrie bezeichnet, falls es nicht gelingt, Russland zum Beitritt zu bewegen, den Ueberzoll auf 8 M. zu erhöhen, die Verbrauchssteuer um mindestens 10 % herabzulegen und den Verkehr mit südländischen Süßstoffen auf die Apotheken unter Rezepturzwang zu beschränken.

Deutschland und Venezuela. Die Ansicht, daß Deutschland seine Schiffe aus den venezolanischen Gewässern zurückgezogen habe, um nach dem Vorbilde Frankreichs seinen Rechtsstreit mit der Regierung in Caracas durch einen Schiedsspruch erledigen zu lassen, ist nach der „Post“ unbegründet. Die Forderung deutscherseits an Venezuela ist eine so bestimmte und feststehende, daß auf einen Schiedsspruch nicht eingegangen werden kann. Sollte er von Caracas ein solcher Vorschlag gemacht werden, so würde er sicher in Berlin auf Ablehnung stoßen. Anscheinend wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Regierung von Venezuela durch einen äußeren Druck zur Anerkennung der deutschen Ansprüche und zur Zahlung genötigt wird.

Schloß Loo, 7. Mai. Die heutigen Nachrichten, die andauernd eine Besserung im Besitzen der Königin erkennen lassen, haben große Freude hervorgerufen und die Besorgniß, die seit Sonntag herrschte, zum großen Theil befeiligt. Prinz Heinrich hat heute zum ersten Mal seit Sonntag das Palais auf kurze Zeit verlassen.

Ein Besuch König Viktor Emanuel's von Italien war für den Rosen-Monat in Wien und Berlin angekündigt; da diesen Sommer schon zwei Jahre seit dem Tode seines Vaters verflossen sind, würde es mit diesen „Antrittsvisten“ nur doch eigentlich Zeit. Aber der König kommt noch immer nicht, und es kann nun wohl keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Ursache für den Aufschub allein darin zu suchen ist, daß Kaiser Franz Joseph es bis heute noch ablehnt, aus Rücksicht auf den Papst, einen Gegenbesuch in Rom abzustatten. Die Beziehungen unter den